

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

# Der Proletarier

Geschäftsinserte und Privatanzeigen kosten pro 3 gepaltene Kolonell-Beile oder deren Raum 2 Mk. Arbeitsmarkt und Zahlstellen-Inserte pro Beile 50.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Breh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Preußens industrielle Entwicklung.

Die kürzlich in der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ veröffentlichten Hauptergebnisse der am 12. Juni 1907 vorgenommenen Betriebszählung für den preussischen Staat weisen im Vergleich mit der Zählung vom Jahre 1895 drei charakteristische Merkmale auf. Es sind das: 1. über die Bevölkerungszunahme hinausgehendes Anwachsen der gewerblich Tätigen, eine fortschreitende industrielle Konzentration und eine den Zuwachs der gewerblich Tätigen weit übersteigende Zunahme der weiblichen Arbeitskraft. Nach der letzten Zählung ergaben sich 2.201.366 Betriebe mit 8.332.912 am Erhebungstage gewerblich tätigen Personen, gegen 1.990.250 Gewerbebetriebe mit 5.815.543 Personen bei der Zählung im Jahre 1895. Demnach hat sich in der 12jährigen Periode die Zahl der Betriebe um 10,60 Prozent, die der gewerblich tätigen Personen um 43,29 Prozent vermehrt. Hierbei und bei den nachfolgenden Untersuchungen ist unberücksichtigt geblieben eine bei der letzten Zählung neu gebildete Gruppe, Theater-, Musik- und Schaustellungsgewerbe, die mit 16.992 Betrieben 53.909 Personen umfaßt. Leider ist die Vergleichbarkeit der Zählergebnisse, soweit die Betriebe in Betracht kommen, durch die Erhebungsmethode etwas gestört. Die Zunahme der Betriebe seit 1895 ist teilweise eine rein formalstatistische, indem jeder vom Unternehmer als selbständig bezeichneter Teilbetrieb eines Unternehmens als Betrieb gezählt worden ist. Das Unternehmen eines Schuhmachermeisters, der neben seiner Reparaturwerkstatt auch noch einen Laden unterhält, in dem er fertige Fußbekleidung verkauft, zählt als zwei Betriebe; genau so ist es mit einem Unternehmen, das aus einer Mahl- und Schneidemühle besteht. Die industrielle Konzentration, d. h. die Vereinigung ganz verschiedener gewerblicher Tätigkeiten in eine Unternehmung, kommt demnach in der Erhebung nicht zur Geltung, da nicht die Zahl der wirtschaftlichen Unternehmungen, sondern deren Einzelbetriebe angegeben sind. Diese Methode ist auch bei den früheren Zählungen schon angewandt, aber diesmal ist, wie ausdrücklich betont wird, durch „verbesserte Erhebungsvorschriften und die dahin zielenden Anweisungen“ eine „scharfere Gliederung der Unternehmungen in ihre Teilbetriebe“ entstanden. Trotzdem leuchtet aus den ermittelten Resultaten die fortschreitende Konzentration heraus, und zwar aus der Zunahme der Großbetriebe und der in diesen beschäftigten Personen. Eine Zerlegung der Betriebe nach Größenklassen ergeben die nachstehenden Resultate. Es betrug:

Größenklasse der Betriebe	Die Zahl der		Zunahme (Abnahme —) in 1907		Betriebe	Personen
	Betriebe	erwerbstätigen Personen	Betriebe	Personen		
Alleinbetriebe	951 642	784 197	—	—	17,6	—
Betriebe mit 1 Person	—	—	78 312	171 510	—	110,0
2	305 928	435 333	611 856	870 666	42,3	42,2
3—5	787 956	333 467	1 026 349	1 167 570	15,2	13,7
6—10	64 901	85 476	475 958	632 582	31,7	32,7
11—50	43 899	68 858	914 787	1 476 582	56,9	61,4
51—100	5 913	10 031	412 734	700 234	69,6	69,6
101—200	2 813	4 877	386 451	677 684	73,3	75,3
201—500	1 401	2 379	417 000	717 147	69,8	71,6
501—1000	380	602	261 509	424 587	58,4	59,0
über 1000	197	371	338 585	710 253	94,2	109,8
Hauptbetriebe überhaupt	1 743 336	1 895 497	5 876 083	8 332 912	8,7	41,8

Zu diesen Angaben ist folgendes zu bemerken: Ein Teil der Alleinbetriebe ist eingegangen, ein anderer Teil ist der Gruppe „mit einer Person“ zugeteilt. Die Ausbreitung der Verwendung elektrischer Kraft und der Gasmotore für Kleinbetriebe hat viele Unternehmer veranlaßt, für Teilbetriebe, die nicht ihren Hauptberuf darstellen, motorische Kraft einzuführen. Das machte dann auch die Verwendung einer Hilfskraft, und wenn sie nur ein Lehrling war, für diese Betriebe notwendig. Da Angaben darüber fehlen, inwieweit an dieser Entwicklung die selbständigen Allein- und mit nur einer Person arbeitenden Betriebe beteiligt sind, kann auch noch nicht untersucht werden, in welchem Umfange das Aufkommen neuer Industrien, wie z. B. der Elektrizitätsindustrie, die viele selbständige Reparaturwerkstätten und Handlungen ins Leben gerufen hat, an dem Wachstum der Bergbetriebe beteiligt ist, und in welcher Weise die Aufbarmachung der motorischen Kraft für diese konvergierend gewirkt. Die ermittelte Zunahme der Betriebe mit einer Person — um 110 Prozent — läßt über die wirklichen Verhältnisse. Die Zahl der Kleinbetriebe hat um 167 445 abgenommen, obwohl für diese Gruppe das Versicherungsgewerbe einen Zuwachs von 5026, und das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe einen solchen von 11 821 Betrieben aufweist. Demnach ergibt sich bei den Gewerben schon eine Abnahme von 184 292 Alleinbetrieben, während andererseits andre Betriebe mit nur einer Person nur

um 93 198 zugenommen haben und hierher wiederum 12 338 Gastwirts- und 399 Versicherungsbetriebe gehören. Schaltet man auch das Handelsgewerbe aus, das in den Gruppen: Alleinbetriebe, Betriebe mit 1 und mit 2 Personen, eine Zunahme der Betriebe von 113 449 aufweist, dann ergibt sich für die genannten Betriebsgrößen eine Abnahme der Betriebe von 956 818 auf 873 043 oder um 82 775.

Ganz besonders groß ist die Konzentration in der chemischen Industrie. Wie die obige Tabelle ausweist, ist bei sämtlichen Gewerben in der Größenklasse „über 1000 Arbeiter“ eine Zunahme von 94,2 Proz. nach Zahl der Betriebe, und von 109,8 Proz. nach zugehörigen Personen eingetreten; für die chemische Industrie stellt sich die Zunahme auf 280 resp. 154 Proz. An dieser Stelle dürfte besonders noch die folgende Zusammenstellung interessieren. Es betrug die Zahl der gewerblich tätigen Personen:

	1895	1907	mithin Zunahme in Prozent
in allen Gewerben zusammen	5 876 083	8 332 912	41,81
in der Industrie der Steine und Erden	314 253	447 453	42,38
in der chemischen Industrie	66 661	105 993	59,00
in der Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle	35 038	55 964	59,72
in der Papierindustrie	72 250	111 555	54,40

In den 4 für unsere Organisation in Betracht kommenden Gewerben ist demnach die Zunahme der gewerblich Tätigen teilweise weit stärker als im Durchschnitt für alle Gewerbe zusammen.

Wie schon erwähnt, ist die weibliche Arbeitskraft in einer über die allgemeine Zunahme hinausgehenden Weise in die verschiedenen Gewerbe eingedrungen, so stark, daß sie nun 26,05 Proz. der Gesamtzahl der gewerblich Tätigen stellt. Die Zunahme der männlichen Personen seit 1895 beträgt nur 38,75 Proz.; für die weibliche Arbeitskraft ergibt sich ein Zuwachs von 54,25 Proz. Die Zunahme ist für die einzelnen Gewerbe sehr verschieden. Sie beträgt zum Beispiel (in Prozent) im Versicherungsgewerbe 124,8, in der Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente 37,3, in der Lederindustrie 14,2, im polygraphischen Gewerbe 13,6, im Baugewerbe 12,6, im Handelsgewerbe 11,4, in der Gärtnerei 10,8, im Verkehrsgewerbe 10,4, in Tierzucht und Fischerei 10,2. In den übrigen Gewerben stellt sich die Zunahme auf unter 100 Prozent.

Die Zählung bestätigt die Lehre von der zunehmenden industriellen Konzentration und Proletarisierung.

### Der gelbe Sumpf.

Unter obigem Titel ist im Verlage von A. Schlicke u. Co. eine kleine Broschüre erschienen, in der ein ungenannter Verfasser eine Anzahl Briefe veröffentlicht, welche der bekannte journalistische Führer der gelben Arbeiter, Rudolf Lebius, in der Zeit vom Herbst 1907 bis zum Sommer 1908 im Interesse der gelben Organisation und des von ihm herausgegebenen gelben Blattes „Der Bund“ geschrieben hat. — Was jedem Kenner der gelben Vereine längst bekannt ist, das wird durch diese Briefe in jeder Hinsicht bestätigt: die gelben Vereine wirken nicht für die Interessen der ihnen angehörigen Arbeiter, sondern sie fördern die Interessen und das Wohl der Unternehmer. Das ist der einzige Zweck der gelben Vereine und die Absicht ihrer Gründer und Leiter. Die gelben Vereine werden deshalb mit Geldmitteln der Unternehmer ausgehalten, und die betörten Arbeiter, welche den Vorzügen der gelben Päpste folgen, sind nichts anderes als Werkzeuge in den Händen der Südlinge des Unternehmertums.

Es ist eine elende Lüge, wenn behauptet wird, die gelben Vereine verdanken ihre Existenz der Initiative von Arbeitern, die sich bewußt und aus eigenem Antriebe von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften abwandten und die nun, weil sie im Frieden mit den Unternehmern ihr Heil erblickten, die freien Gewerkschaften bekämpften. Es existiert nicht ein einziger gelber Verein, dessen Gründung auf das Betreiben von Arbeitern zurückzuführen ist. Soweit Arbeiter bei der Gründung und Leitung gelber Vereine überhaupt in die Erscheinung treten, sind sie nur Strohmänner, nur vorgeschobene Personen, hinter denen direkt oder indirekt die Unternehmer als treibende Kräfte stehen, um auf diese Weise ihre eigenen Interessen zum Nachteil der Arbeiter wahrnehmen zu können. Es sei deshalb auch dem Landgerichtsrat Kulemann, der in der neuesten Auflage seines Werkes über die Gewerkschaften diese Tatsache befreit, das Broschürchen zum Studium dringend empfohlen.

Aus den Lebius-Briefen sehen wir, wie die Gründung gelber Vereine zustande kommt. Mit der Rührigkeit und der Klammerei eines geriebenen Geschäftsmannes wendet sich Lebius an die Leitungen großindustrieller Etablissements und sucht sie für die Gründung gelber Vereine zu gewinnen. Lebius schreibt an die Direktion der Harpener Bergbaugesellschaft in Dortmund,

an die Direktion der Hibernia-Bergwerksgesellschaft in Herne, an den Bergbauhilfsverein in Essen, an die Direktion des Fördervereins in Hörde, an die Direktion der Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb „Phönix“ in Hörde, an die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft in Gelsenkirchen, sowie an eine Reihe von Schachtmachern und ersucht sie, sie möchten doch gelbe Werkvereine ins Leben rufen.

Um aber die Arbeiter zu täuschen, müssen also Strohmänner vorgeschoben werden, damit der Anschein erweckt wird, als ginge die Gründung von den Arbeitern aus. Wie das zu machen ist, das sagt Lebius in diesem Briefe:

„An die Direktion der Harpener Stahlwarenfabrik, Harde. „An Ihr werter Schreiben vom 5. d. M. erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die Anregung zur Vereinsgründung keinesfalls von Ihnen ausgehen soll. Bei den Siemenswerken gab ein Meister einem ihm als zuverlässig bekannten Arbeiter die Anregung. Bei den H. Wolfischen Werken, Magdeburg-Buckau, ging die Anregung von dem Leiter des Lohnbüreaus aus. Dieser Herr besprach die gelbe Vereinsgründung mit einem talentvollen Arbeiter (Buchbinder), der den Verein bereits auf 750 Mitglieder gehoben hat. Die Arbeiter müssen natürlich den Entschluß zur Gründung eines solchen Vereins selbst fassen, die Anregung dazu kann aber ganz gut von einem unteren Beamten ausgehen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung Rudolf Lebius.

In welcher generöser Weise Lebius von den Unternehmern unterstützt wird, geht aus folgendem Schreiben hervor:

„An die Direktion der Siemens u. Halske-Mt.-Ges. SW., Askaniischer Platz 3. Der ergebenst unterzeichnete Vorstand erlaubt sich, der geehrten Direktion für die in hochherziger Weise zugesandte Unterstützung von 8400 Mark auf ein Jahr seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Wir werden uns dankbar auch durch die Tat dadurch zu verewlichen streben, daß wir getreu unsern Prinzipien mit aller Kraft für den Frieden in der deutschen Industrie kämpfen werden.“

Mit vorzüglicher Hochachtung Rudolf Lebius.

Die Firma Siemens u. Halske gibt die 8400 Mark natürlich nicht um der schönen Augen des Lebius willen; sie will vielmehr ein Geschäft damit machen. Lebius weiß das und kündigt deshalb an, daß er mit aller Kraft (die natürlich durch die noble Spende wesentlich erhöht ist) für den Frieden in der Industrie kämpfen will. In weniger umständliches Deutsch übersetzt, heißt das, daß er die Arbeiter von etwaigen Lohnforderungen abhalten will.

Wenn Lebius mit regem Eifer für die Gründung gelber Vereine tätig ist, so will er als guter Geschäftsmann auch einen klingenden Erfolg seiner Bemühungen einstreichen, die er den Unternehmern geleistet hat. Nicht nur, daß bei jeder Neugründung eine entsprechende Anzahl von den Unternehmern bezahlter Abonnements auf den „Bund“ herauspringen, sondern er läßt sich die

### Gründung eines Vereins auch noch besonders honorieren.

Warum auch nicht? Verlangt doch jeder Agent seine Provision, wenn er ein Geschäft abgeschlossen hat, welches seinem Auftraggeber Gewinn bringt. Und was anders ist denn die Gründung eines gelben Vereins, als ein Geschäft zum Nutzen der Unternehmer. Also verlangt Lebius seine Provision:

Herrn Baumeister Geuer, NW., Flotowstraße 4. Als wir im August v. S. über die Gründung des gelben Bauarbeiter-Bundes verhandelten, hatten Sie die Güte, mir ein Honorar von 200 Mark in Aussicht zu stellen. Da der Verein nunmehr gegründet ist und von mir auch kräftig unterstützt wird, so darf ich Sie wohl höflich an Ihr Versprechen erinnern. Den Sitzungen des Vereins wohnt regelmäßig unser Herr Dr. Rathanson bei. Außerdem habe ich Herrn Buchholz unsern Arbeitsnachweis nebst Telefon zur Verfügung gestellt und Herrn Buchholz auch sonst unter die Arme gegriffen. So zahlte ich ihm im Dezember 30 Mk. für Reise. Herr Buchholz meinte, Sie würden wohl das Geld vergüten. Ich stelle Ihnen anheim, ob Sie mir diese 30 Mk. zurückgeben wollen.

In den letzten Wochen ist der Verein sehr in die Höhe gegangen. Trotzdem habe ich meine Zweifel, ob Buchholz der richtige Mann ist. Ich glaube, es müßte Ihnen doch ein leichtes sein, einige geeignete Vereinsleute ausfindig zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Rudolf Lebius.

Die 200 Mk. Provision hat Lebius erhalten. Er bestätigt den Empfang derselben in einem Briefe an den Verband der Baugeschäfte.

Daß die Prahlereien in der Öffentlichkeit mit 50 000 und mehr Mitgliedern Schwindel sind, wird durch einen Brief an den Vorsteher der „sozialpolitischen Abteilung“ der Hamburg-Amerika-Linie bewiesen.

In diesem Briefe ist auch die Rede von einer geplanten nichtöffentlichen Konferenz von Vertretern gelber Vereine. Hierzu bemerkt Lebius:

„An einem öffentlichen Kongreß wollen wir uns auf keinen Fall beteiligen, weil wir nicht glauben, daß wir schon soweit sind, um vor der Öffentlichkeit paradiere zu können.“



Prozent, im Malerverbande 324 = 1,6 Prozent, im Kupferhütten-

verbande 301 = 1,4 Prozent, im Maschinenverbande 290 = 1,3

Prozent, in sonstigen freien Gewerkschaften 993 = 4,6 Prozent.

Insgesamt waren bei Aufnahme der Statistik 10 633 gleich

einem Drittel der Beschäftigten unorganisiert und 2245 in gegnerischen

Organisationen.

Der Prozentsatz der Unorganisierten ist am höchsten bei den

Platzarbeitern und den Maschinen- und Seilern.

Der Referent empfiehlt eine, von allen Eifersüchteleien und

Streitigkeiten freie, einheitliche Agitation. Er fährt dazu aus:

„Künftig soll eine einheitliche Agitation walten, die sich lebhaft

richtet nach den Interessen und Bedürfnissen des Werftarbeiters ohne

Rücksicht auf die besonderen Einrichtungen und Vorteile der einzelnen

Organisationen. Wollen wir nicht nur Mitglieder werben, sondern sie

auch vertraut machen mit den Zielen und Einrichtungen der Gewerk-

schaften, sie auflären über den Geist der Arbeiterbewegung, über die

politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, über die speziellen ge-

werkschaftlichen Aufgaben im Gegensatz zu anderen Organisationen,

aber die Machtverhältnisse und Kampfaussichten, dann bedarf es

einiger, geschlossener, zielbewusster Arbeit, ohne Unterschied der Branche,

des Ortes, nach der Richtschnur: Wir vertreten die allgemeine Ar-

beiterbewegung! Da ist jeder freie Verband existenz- und gleich-

berechtigt. . . . Vor allem aber muß kein Verband vor dem andern

mehr ein Geheimnis haben, muß offen und aufrichtig handeln. Der

Mitgliederstand ist zu respektieren, die Agitation auf Kosten des

andern, Zwang aller Art, Mitgliederzwang usw. müssen aufhören,

ein echt kameradschaftlicher Geist Eingang halten. Dann wird gegen-

seitig gearbeitet werden. In den Ortskommissionen ist jede gleich-

berechtigt und demgemäß zu behandeln und zur Mitarbeit heranzu-

ziehen. Dann werden auch die agitatorischen Talente heranwachsen,

die heute noch fehlen, denen die nötige Sachkenntnis eigen

ist. Das Vertrauensmännerwerk muß als unentbehrlich weiter

ausgebaut werden; nur dann ist eben an eine Angriffsbewegung

zu denken, wenn die fähigsten und unerschrockensten Kollegen die Ver-

trauensstellen bekleiden und ständig die Vorgänge beobachten und

prüfen. Stoff gibt es in Hülle und Fülle, wenn nur jeder für

seinen Teil beiträgt, Material zu sammeln. Wo die Agitation in

den Betrieben wegen des teilweise scharf ausgeprägten Spionage-

systems unmöglich ist, muß die Hausagitation und die schriftliche

Platz greifen, Flugblätter müssen verbreitet werden. Eins muß das

andere ablösen, treiben, stützen, ergänzen. Es kann gar nicht zu viel

geschehen. Wir müssen den Beweis erbringen, daß bei uns nicht

nur guter Wille, Liebe und Glaube zur Sache, sondern auch Energie

und Fähigkeit vorhanden ist, die Verhältnisse der Werftarbeiter zu

ändern; müssen die Kollegen überzeugen, daß wir auf dem rechten

Wege sind, Gutes für sie zu leisten. Kommen wir dann zu günstigem

Resultat, so deshalb, weil wir uns rechtzeitig erannt und an unsere

Pflicht erinnert haben. Danach laßt uns handeln.“

Verhältnisse wurden zu diesem Punkte nicht gefaßt. Nach einem

Schlufwort des Vorsitzenden O. Schulz, welcher aufforderte, einmütig

im Sinne des Regulativs zu handeln und Zwistigkeiten künftig zu

damit käuflich. Sie sind zu ziehen, wenn sie in den Sommer-

monaten einige Groschen verdienen, ohne daran zu denken, daß sie

den Lohnausfall, den sie im Winter haben, im Sommer mehr ver-

dierten müssen.

Auch die diesjährige Einschränkung der Produktion auf 25 Pro-

zent der Beteiligungsziffer wird keine Verfüzung der täglichen Ar-

beitszeit bringen. Im Gegenteil, die täglich beschlossene Lohn-

senkung wird noch dazu beitragen, daß sich die Masse der unorgan-

isierten, unaufgeklärten Ziegelarbeiter mit jeder Arbeitszeitverlän-

gerung einverstanden erklärt, sie werden sich noch mehr wie früher

abdrücken, um wenigstens den bisherigen Lohn, das Existenzminimum,

zu erringen. Das bedeutet wiederum eine weitere Verfüzung der

Kampagne, die Arbeiter erreichen wohl den früheren Wochenverdienst,

aber nicht den früheren Jahresverdienst. Sie müssen sich täglich

mehr und länger quiden und werden dafür einige Wochen früher

arbeitslos. Die Unternehmer aber erhalten in kürzerer Zeit für ge-

ringere Kosten ein großes Quantum Steine aufgeschlapelt, die sie mit

dem Besten der besseren Bautätigkeit teuer verkaufen. Ihnen ist es

also möglich, den Profitausfall aus der schlechten Zeit wieder

auszugleichen. Bei den Arbeitern ist diese Möglichkeit ausgeschlossen,

da sie ihre Arbeitskraft nicht aufstellen können, bis sie besser bezahlt

wird, sondern sie zu jeder Bedingung verkaufen müssen, um eben

leben zu können.

Aus diesem Mißverhältnis zwischen Arbeit und Kapital erwachsen

den Ziegelarbeitern zwei Aufgaben. Es gilt einerseits, mit der

Steigerung der Produktion, durch die Einführung und Verbesserung

der Maschinen und maschinellen Einrichtungen, in gleicher Weise auch

die tägliche Arbeitszeit zu verkürzen und dadurch eine Ueberproduktion

möglichst zu verhindern. Die zweite Aufgabe ist: Erringung eines

auskömmlichen Lohnes, der ein vernünftiges Arbeiten und eine ge-

sicherte Existenz, auch zur Zeit der Erwerbslosigkeit, gestattet. Zur

Durchführung dieser Aufgaben bedarf es aber der Mitarbeit aller

Ziegelarbeiter, vor allem des Anschließtes an unsre Organisation.

— Aus der rheinischen Schwemmstein-Industrie.

Dem rheinischen Schwemmstein-Syndikat in Neuwied sind kürzlich

wiederum 9 Werke mit 18 Millionen Normalsteinen Herstellungs-

fähigkeit beigetreten. Das Syndikat verfügt jetzt über eine Jahres-

erzeugung von 320 Millionen Steinen. Die Schwemmsteinindustrie

der rechten Rheinseite ist dadurch geschlossen und das Syndikat somit

in der Lage, die auf der linken Rheinseite befindlichen, fernstehen-

den Fabriken, die infolge schweren Kohlstoffs nur schwerere Steine liefern

können, mit den leichteren Steinen der fruchtbareren gelegenen Sta-

tionen der rechten Rheinseite zu betampfen. In der kürzlich statt-

gefundenen Geschäftsversammlung wurde beschlossen, die Berech-

nungspreise 1909 um 50 Pf. für 1000 Normalsteine niedriger anzu-

setzen und im übrigen der Geschäftsleitung betriebs Verlämpfung der

noch Aufreißenden freie Hand zu geben. — Obwohl also das

Syndikat durch die angeführten natürlichen Begünstigungen konkurrenz-

fähiger ist, als die dem Syndikat noch fernstehenden Unternehmer,

so ist ihm doch kein Mittel zu verächtlich, um die zum Beitritt zu

zwingen. Die Unternehmer nennen das Wahrung der Geschäfts-

### Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

#### „Die klaffende Meute.“

In der Neujaehrnummer der „Tonindustriezeitung“ hat ein

Artikelschreiber über die trübten Verhältnisse in der Tonindustrie ein

recht wehmütiges Klagegedicht angestimmt. Selbstverständlich nicht der

Arbeiter wegen, um den der Not preisgegeben sind, sondern um den

Geldsack der Unternehmer, der sich bei den jetzigen Zeiten gar nicht

füllen will. Zuerst klagt er über den hohen Preisstand der Lebens-

mittel, der Rohstoffe usw., aber die nachteiligen Wirkungen der

Handelsverträge und über die Unsicherheit des Ausgangs der Reichs-

finanzreform. Der gute Mann hat wohl starken Silberzungen ge-

trunken, sonst hätte er doch daran denken müssen, daß diese Sorgen

von seinen eigenen Parteifreunden heraufbeschworen wurden, viellecht

hat er gar selbst mitgeholfen. Dann begehrt er die „übertriebene“

sozialpolitische Fürsorge für die deutschen Arbeiter, die das Recht der

Unternehmer beschränkt und sie zu erdrücken drohe. Daß die Kosten

für das bisherige armelige Sozialpolitik nur von dem Mehrwert be-

stritten werden, den die Arbeiter schaffen müssen, leuchtet ihm nicht

ein. Umso schwerer wird es von ihm empfunden, daß sich die

Ziegelklaffen heute nicht mehr so willig ausbeuten lassen, und seinem

#### — Gedenblatt für treue Arbeiter.

Den in der Zementwarenindustrie beschäftigten Arbeitern ist

großes Heil widerfahren. Der Vorstand des Zementwaren-Fabri-

kantenvereins hat nämlich in seiner letzten Sitzung beschlossen, treue

Arbeiter, die 25 Jahre bei einer Firma beschäftigt sind, durch Ueber-

reichung eines Gedenkblattes und eines Geldgeschenkes auszuzeichnen.

Bei der Verleihung soll eine kleine Feyer stattfinden. — Gegen die

Ueberreichung eines Geldbetrages ist nichts einzuwenden; man sollte

es aber billigerweise nicht Geschenk nennen, da es doch nur einen

geringen Bruchteil des vorentsprechenden Mehrwertes ausmacht, den der

Arbeiter in den 25 Jahren erarbeitet hat. Die Kosten für die

Feyer und das Gedenkblatt könnte man auch besser verwenden, indem

man sie dem betreffenden Arbeiter übermitteln läßt. Was soll ein Arbeiter

überhaupt mit einem solchen Silberbogen machen? Soll er ihn

vielleicht täglich an seine 25jährige Fronarbeit erinnern? Rindern

verpflichtet man Silberbögen, damit sie artig sind; erwachsene

Arbeiter aber sollte man mit solchen Albernheiten verschonen.

#### — Lohnprellerei.

Am Gewerbegericht in Adlin klagten kürzlich drei Ziegelbrenner

gegen die Ziegelbesitzer Friedrich und Ko. auf Zahlung von 827,

die Beitragsleistung der Mitglieder ständig gestiegen, 1905 wurden

nur 40,4 Mark bezahlt. Zieht man in Betracht, daß seit der Zeit

die Beiträge wesentlich erhöht wurden, so kann man diese Festigung

der Organisation mit Freuden konstatieren.

Die Einnahme der Hauptkasse erhöhte sich von 37 693 Mk. auf

44 870 Mk., die Einnahme der Lokalkasse von 17 479 Mk. auf 20 353

Mk., der Lokalbestand von 5223 Mk. auf 8925 Mk.

Unter den Ausgaben macht sich besonders die Erwerbslosen-

unterstützung bemerkbar, die in diesem Jahre an 1243 Mitglieder in

der Höhe von 17274 Mk. gezahlt wurde. Annähernd die

Hälfte aller Mitglieder der Hauptkasse kamen in die Lage, die Unter-

stützung des Verbandes erhalten zu können. Arbeitslosenunterstützung

am Orte erhielten 371 Personen für 13 266 Tage (einschließlich der

Karenzwoche) 5821 Mk.

Vorbewegungen fanden 8 statt; darunter die Aussparung der

Kochkolonnen Dachziegelarbeit. Von diesen erndten 2 mit vollem

Erfolge, 6 hatten einen teilweisen Erfolg, während die genannte

Aussparung dank der Krise und dem jetzt so übel von der Firma

beholdenen Streikbrechern (die mit wenig Ausnahmen jetzt von derselben

Firma auf 8 Pf. fl. a. g. w. o. r. s. e. n wurden, der sie vor Jahres-

frist halber Tarife zu brechen) für die ausgesparten Arbeiter ver-

lorein wurde.

Die Lohnbewegungen brachten nur in einem Betriebe die Ver-

kürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, bei gleichbleibenden

Wochenlöhnen, in einem Betriebe für das Sommerhalbjahr eine

Verkürzung der Arbeitszeit um 6 Stunden pro Woche und eine

zweimalige Lohnzulage für die Arbeiterinnen von 1,84 Mk. pro

Woche. In einem Betriebe erhielten wir im Sommerhalbjahr

Arbeitszeitverkürzung von 11 auf 10 Stunden, 10 Prozent Zulage

für die Stundenarbeiter, 1 Mk. Zulage für die Heizerinnen und Bezahl-

ber der Abzüge. Eine weitere Bewegung war 5 Prozent Lohn-

erhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung um 1/2 Stunde, die folgende

einen Lohnzuschlag für die Hälfte der Beteiligten von durchschnittlich

8 Prozent. In einem Betriebe erzielten wir Aufbesserung der Löhne

von 32—35 Pf. auf gleichmäßig 36 Pf. und für die andre Abteilung

die Bezahlung des Tariflohnes. In einem Betriebe war die Ge-

schichte durch Nichtbefolgen der Versammlungsbeschlüsse etwas

besärfen worden; hier mußten wir uns mit ganz geringer Zulage

einzelner Arbeiter begnügen.

Die Agitations- und Verwaltungsarbeit wurde erledigt in 24

öffentlichen, 69 Betriebsversammlungen, 5 Mitgliederbesprechungen,

54 Verwaltungssitzungen, 55 Vertrauensmännerbesprechungen und

— Versammlungen. Außer der allgemeinen Hausagitation wird in

den einzelnen Betrieben diese Form der Agitation immer mehr ge-

pflegt. Zur Agitation und zur Aufklärung wurden verteilt: 26 400

Panbettel, 8000 Flugblätter, 5200 Zirkulare und 2500 Jahres-

berichte, ausschließlich der im Bureau hergestellten Einladungen. Die

eingeführte Mahnkommision hat sich vorzüglich bewährt, und wird

bei noch besserer Organisation weitere Erfolge erzielen. Wir können

infolge der Einrichtung dieser Kommission eine Abnahme der

Ausritte verzeichnen, deren Zahl von 795 im

#### — Zueho.

Am 2. Januar tagte unsere erste Mitgliederversammlung.

Kollege Schubert erstattete Bericht vom Gewerkschaftskartell.

Er teilte mit, daß der Magistrat es abgelehnt habe, eine Kopie zu

den Kosten einer Arbeitslojenzählung zu geben. Die Herren Magistrats-

mitglieder bestritten sogar, daß überhaupt ein Kostentstand vorhanden

sei. Jedemfalls sind die vollen Zueho, die diese Herren vor sich

haben, noch nicht Beweis dafür, daß auch andere Leute zu offer haben.

Unter 2. Punkt wurde nach der Jahresbericht gegeben. Der Bevoll-

mächtigste Bericht, daß verschiedene Lohnbewegungen fanggebunden

hätten, woran wir beteiligt waren. Auf der Zementfabrik wurde

eine Lohnreduzierung von 20 bis 30 Pf. pro Tag, sowie eine

Wahregelung vorgenommen. Beides hätte abgewehrt werden können,

wenn die Arbeiter der Fabrik besser organisiert gewesen wären. Vor-

vorgehoben wurde noch, daß die Steinmehrer eine Lohnaufbesserung

von 2,50 Mk. pro Woche erzielt haben, dank ihrer Organisation.

Daran sollten sich die Arbeiter der Zementfabrik ein Beispiel nehmen.

#### — Kaiserstaatern.

Das Gewerkschaftskartell von Kaiserstaatern

hatte, wie so viele andere Kartelle, an den Stadtrat das Ersuchen

### Korrespondenzen.

— Streits und Differenzen bestehen in: S ä t r o w

Beißwasser und Geelshacht.

Zugung ist nach den angeführten Orten streng fernzuhalten.

Dresden. Der Abschluß des vergangenen Jahres zeigt ein

nicht zufriedenstellendes Bild. Die Krise und die damit verbundene

Arbeitslosigkeit verhinderten die Ausbreitung der Organisation in

dem raschen Tempo der vergangenen Jahre. Die Mitgliederzahl stieg

von 2376 auf 2515, darunter 420 weibliche. Die Zahl der

verkauften Beiträge stieg von 10242 auf 119623, im Durchschnitt

entfallen auf jedes Mitglied 47,5 Beiträge, während im Vorjahre

nur 45,5 Beiträge verkauft wurden. Ueberhaupt ist seit 4 Jahren



## Die Zelluloidindustrie und ihre Gefahren für die Arbeiterchaft.

II.

Von den zahlreichen Bränden, die durch Zelluloid verursacht wurden, seien nachstehend einige der letzten Jahre registriert. Im Jahre 1903 wurde der Brand eines ganzen Fabrikgebäudes in Berlin durch die unvorsichtige Behandlung von Zelluloidabfällen verursacht, die im ersten Stockwerke dort in einer Menge von circa 500 Kilogramm ohne Wissen der Behörde gelagert und sortiert wurden und sich durch irgend einen Umstand entzündet hatten. Die langen Schichtflammen, die dabei aus den Fenstern des ersten Stockwerkes herauschlagen, übertrugen das Feuer auf die übrigen Betriebe des Gebäudes, dabei auch auf eine Zelluloidwarenfabrik im dritten Stockwerk und setzten die dort in Arbeit befindlichen Materialien in Brand. Dabei erstickte ein Arbeiter, während zwei Arbeiterinnen schwer verbrannt wurden, da sie, im Begriff, sich zu retten, die Türklinte abbrachen und in der Todesangst übersehen, daß die Ausgangstür trotzdem leicht zu öffnen war.

In demselben Jahre fand auch in dem Keller eines Fabrikgebäudes in Leipzig ein Brand von Zelluloidabfällen statt, bei dem acht Personen ums Leben kamen, von denen sich sechs in einem an der Treppe befindlichen Kontor aufgehalten hatten, ohne daß von diesen das Fenster geöffnet worden war.

Neben einer explosionsartige Entzündung der Füllmasse einer Mischmaschine in einer Holz-Zelluloidfabrik berichtet der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Düsseldorf in seinem Bericht für das Jahr 1906. Verursacht wurde die Entzündung durch Reibung der Mischflügel mit der nitrifizierten Baumwolke. Von den Arbeitern erlitten 5 schwere Brandwunden, einer davon verstarb nach kurzer Zeit an den erlittenen Verletzungen, die übrigen erholten sich wieder.

Das folgenschwerste Brandunglück fand aber Anfang Januar 1907 in der Zelluloidwarenfabrik von Hubert u. No. in Geispolsheim b. Straßburg statt. Um 6 Uhr morgens, die Arbeit hatte kaum begonnen, gerieten die Zelluloidabfälle in der Nähe des Ofens in Brand und im Nu stand der ganze Saal in Flammen. 21 Arbeiter und Arbeiterinnen, alles jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren, fanden dabei den Tod. Ein Mädchen wagte den Sprung aus dem Fenster, starb aber an den erlittenen Verletzungen. In einer Ecke des Saales fand man nach dem Brande einen großen Aschenhaufen, aus dem nur noch die stärksten Schenkelknochen und die Schädel von den menschlichen Überresten zu erkennen waren. Daß der Brand so entsetzliche Folgen haben konnte, war eine Folge des sträflichen Leichtsinns der Unternehmer. Der Raum enthielt nur einen Ausgang und die Fenster waren vergittert; im Arbeitsraum befand sich ein Ofen mit offenem Feuer; unmittelbar neben diesem Ofen wurde ein Korb mit Zelluloidabfällen aufbewahrt, der oben drein so plaziert war, daß er zwischen Ofen und Tür stand, also den Ausgang versperrte. Und inmitten all dieser Gefahren arbeiteten lauter junge merkwürdige Leute, von denen das für diese Arbeit nötige Maß von Vorsicht und Erfahrung absolut nicht zu erwarten war. Selbst das Unternehmerblatt konnte nicht umhin, an dem Verhalten der Unternehmer scharfe Kritik zu üben.

Der Staatsanwalt griff denn auch ein und stellte den Leiter des Betriebes, Humbrecht, unter Anklage. Bei der Verhandlung gab der Sachverständige, Professor Rose, ein Gutachten über die Feuergefährlichkeit des Zelluloids ab, dem wir nach der „Feuerpolizei“ folgendes entnehmen:

Bis 1905 habe keine Klarheit darüber geherrscht, ob Zelluloid explosiv oder bloß feuergefährlich ist. Humbrecht habe vollkommen recht, wenn er behaupte, daß Zelluloid sich bei gewöhnlicher Temperatur nicht ohne weiteres entzünde. Durch eine „Zigarre“ sei es z. B. ausgeschlossen, das Zelluloid zur Verbrennung zu bringen, dagegen durch eine „Flamme“ mit Leichtigkeit. Neuerdings sei festgestellt, daß das Zelluloid bei verschiedenen Temperaturen seine Eigenschaften ändere. Wenn Zelluloid auf 90° erhitzt werde, so entstehe bei Berührung mit einem glühenden Funken keine Entflammung, sondern nur weißer Rauch. Wenn Zelluloid auf 130° erhitzt werde, so würden weiße Dämpfe gebildet, die in hohem Grade feuergefährlich seien. Es erhebe sich die Frage, ob in Geispolsheim das Zelluloid durch eine „direkte Flamme“ entzündet, oder ob „Zersetzung in gelblichweiße Dämpfe“ stattgefunden habe. Daß das Zelluloid sich im Korb durch eine direkte Flamme entzündet habe, hielt Professor Rose nicht für wahrscheinlich; dagegen sei es möglich, daß die unter dem Knie des Ofenrohrs stehenden Zelluloidabfälle bis auf 90° erhitzt wurden; dann habe ein heißes Stückchen, das vom Ofen abfiel, genügt, um das Zelluloid in Dämpfe aufzulösen, die sich dann entzündeten. Daß Humbrecht diese Möglichkeit habe voraussehen können, müsse er bestreiten.

Der „Mangel an weiteren Türen“ und das „schlechte Öffnen der Fenster“ könne gar nicht in Frage kommen. Denn während kaum einiger Sekunden habe sich in dem Stanzraum so viel brennendes Gas entwickelt, daß eine Erstickung aller lebenden Wesen in dem Stanzraum erfolgen mußte. Die Gase im Stanzraum hätten nicht die genügende Luft zur Verbrennung gefunden, so daß sie sich sofort auch über die übrigen Räume verteilt hätten. Alle Vorbeugungsmaßnahmen seien nach Entstehung des Brandes zwecklos gewesen. Auf eine Frage des ersten Staatsanwalts erklärte Professor Rose, daß bei einer geringeren Menge Zelluloid in dem Stanzraum sich wohl die Arbeiter noch alle hätten retten können. Wenn der Korb nicht am Ofen gestanden hätte, so wäre das Unglück gewiß nicht passiert.

Der Staatsanwalt wies in seiner Rede darauf hin, daß von dem Genehmigungsbeschuß der Detzpolizei im Jahre 1896 nur die Bestimmung von Interesse sei, daß die Zelluloidabfälle abends herausgeschafft und feuersicher untergebracht werden müßten. Als im Jahre 1899 der Stanzraum angebaut wurde, habe Humbrecht diese Vergrößerung nicht angemeldet, wozu er verpflichtet war. Der Angeklagte sei sich der Gefährlichkeit des Zelluloids wohl bewußt gewesen. Als die Gewerbeinspektoren den Betrieb revidierten, sei derselbe noch nicht so groß gewesen. Falls sich eine Schuld des Gewerbeinspektors ergeben hätte, würde er nicht vor demselben halt gemacht haben. Der Staatsanwalt beantragte für den Fall, daß das Gericht die Überzeugung gewinne, eine offene Flamme habe das Zelluloid in Brand gesetzt, eine einjährige Gefängnisstrafe. Bei Annahme einer andern Art der Entzündung könne jedoch eine Verurteilung nicht erfolgen, da Humbrecht diese Gefahr nicht habe voraussehen können.

Das Gericht nahm an, daß die Ursache der Entzündung nicht aufgeklärt sei und sprach den Angeklagten frei. Daß der Angeklagte die ortspolizeilichen Bestimmungen übertreten hatte, wurde nicht in Betracht gezogen, obwohl bei Beachtung dieser Bestimmungen sämtliche Arbeiter sich hätten retten können.

Bemerkenswert ist, daß das Unternehmerorgan nach der Verhandlung erklärte, die Gewerbeaufsicht trage die Schuld, daß das Unglück so groß geworden sei, weil sie nicht auf Schaffung eines zweiten Ausgangs und leichter zu öffnender Fenster gebrannt habe.

Ebenfalls freigesprochen wurde im Vorjahre der Direktor einer österreichischen Zelluloidwarenfabrik, Häufel. In der ihm unterstellten Fabrik hatte im August 1907 eine Explosion stattgefunden, bei welcher 4 Personen schwer, davon einer tödlich, verletzt wurden. Nach dem Gutachten des Gewerbeinspektors Dr. Nocke war die Explosion durch Entzündung brennbarer Dämpfe entstanden. Die Freisprechung erfolgte auch hier mit der auf das Gutachten der Sachverständigen gestützten Begründung, daß die eigentliche Ursache des Unglücks nicht festzustellen sei, um so weniger, da die Gefahrmomente der Zelluloidverarbeitung auch in der Wissenschaft bis heute leider noch nicht völlig aufgeklärt seien.

Ein Zelluloidbrand mit ähnlich furchtbaren Folgen wie der in Geispolsheim ereignete sich am 6. Juni des Vorjahres in der Zelluloidwarenfabrik der Gebrüder Caffe in Ottafing bei Wien. Hierbei kamen 19 Personen, 13 weibliche und 6 männliche, ums Leben. Betrieb hatte schon viermal größere Brände zu verzeichnen, bei denen es aber immer ohne Verlust von Menschenleben abging. Die Stadtbehörde hatte vergeblich versucht, die gefährliche Anlage aus dem belebten Stadtviertel herauszubringen, die Regierung genehmigte aber den Betrieb und ordnete nur eine Reihe Sicherheitsvorschriften an. Wieviel sie genützt haben, beweist die Katastrophe. Die Vorgänge selbst erinnern an Geispolsheim. Die 13 Arbeiterinnen wurden in der Nähe eines Notausganges auf einem Haufen als verbrannt und verkohlt Menschenknochen aufgefunden. Die Ursache des Brandes ist „noch nicht aufgeklärt“. Gegen die Inhaber des Betriebes schwebt das Strafverfahren noch und diese klagen ihrerseits noch mit der Versicherungsgesellschaft. Den ums Leben gekommenen Arbeitern und Arbeiterinnen hat die Stadt Wien ein Denkmal errichtet. Das Unternehmerorgan der deutschen Zelluloidfabrikanten setzte auch nach diesem Unglück sofort mit seiner Kritik ein, richtete sie aber weniger gegen die Unternehmer wie gegen die Behörden, die angeblich nicht mit der nötigen Strenge vorgegangen seien; es forderte ausdrücklich rücksichtsloses Vorgehen gegen jede Art von Unvorsichtigkeit bei der Zelluloidwarenerzeugung.

Die Rodomontade des Unternehmerblattes könnte verwunderlich erscheinen, zumal doch die Unternehmer den Aufsichtsbearbeitern immer ein Nebenmaß von Beaufsichtigung und Vorsicht vorwerfen. Es ist dabei aber zu beachten, daß, indem vorkommende Unfälle auf ungenügende Anwendung der bestehenden Gesetze zurückgeführt werden, die Schaffung von Spezialgesetzen verhindert werden soll. Insofern ist die Taktik des Unternehmerblattes durchaus schlau und wohlberaten.

Die Wiener Stadtbehörde hatte aus Anlaß des Ottafinger Brandes zu einer Maßnahme gezwungen: sie hatte sämtliche Werkstätten, in denen Zelluloid verarbeitet wird, gesperrt und erst nach behördlicher Prüfung den weiteren Betrieb freigegeben. Dabei wurde dann festgestellt, daß bei der Aufbewahrung des Zelluloids, namentlich der Abfälle geradezu sträflich leichtsinnig verfahren wird. So fand man bei einem Meister die Abfälle — unter dem Bette seines Lehrlings.

Außer den oben angeführten Bränden haben noch eine ganze Anzahl weniger folgenschwerere stattgefunden, so in Lang, Hannover, Frankfurt und kürzlich in Berlin. (Siehe Nr. 1 des „Proletariers“ 1909.)

Da die zahlreichen Todesfälle bei Zelluloidbränden aus der Wirkung des Feuers allein nicht genügend erklärt werden

## Schundliteratur und ihre Bekämpfung.

Vor kurzem wurde in München ein Mann namens Gaunter verhaftet, der auf betrügerische Weise einen wertvollen Roman ins Publikum zu bringen versuchte, dadurch, daß er etwa 400 000 handschriftliche Briefe veränderte, die den Empfängern vorlegte, sie seien in dem Roman angegriffen worden. Das läppische Machwerk, von dem bereits einige Hunderttausende gedruckt waren, sollte pro Exemplar 7,50 Mk. kosten. Es war also ein Millionenbetrug beabsichtigt. Vielleicht wäre er gelungen, wenn der Betrüger es weniger plump angefaßt hätte. Die Entrüstung war allgemein. Die Presse brachte spaltenlange Artikel. Der ungeschickte Macher des Ganzen wird für seine Niedertracht büßen müssen.

Soweit ist alles in Ordnung. Aber — anders laufen frei herum, die auf diesem Gebiete noch viel größeres Unheil anrichten. Leute, die sträflich nicht zu fassen sind, weil sie es schlaun anfangen. Leute, denen es gar nicht einfällt, sich in solche Betriebsunflöhen zu stürzen wie Gaunter, die dennoch einen Millionenbetrug am Volke verüben. Am Volke. Gaunter hatte nicht die wohlhabenden Schichten im Auge. Der Mittellose oder in seinen Mitteln Beschränkte zahlt so leicht keine 7,50 Mark auf ein Brett bei solcher Gelegenheit. Aber Hunderttausende gibt es, die lassen sich daselbe und noch mehr großem Maße aus der Tasche ziehen. Für nichts. Für Schlimmeres als nichts. Für den erbärmlichsten, albernsten Schund, den meist arme, halbverunglückte Schreibkünstler ausgefacht, den millionenreiche Verleger unter's Volk geworfen haben. Der Literaturband hat jetzt kürzlich einige Zahlen veröffentlicht. Erschreckende Zahlen! Man denke: Im Deutschen Reich sind es nicht weniger als 8000 Buchhandlungen, die sich ganz oder vorzugsweise mit dem Kolportagevertrieb von Schundromanen oder anderen Erzeugnissen der sogenannten Hinterregimentliteratur beschäftigen! Im Jahre dieser Winternacht stehen 30 000 (dreißigtausend) Kolporture, die um des lieben Brotes willen von Haus zu Haus, von Ort zu Ort ziehen und den Schund an den Mann oder an die Frau bringen. Der Bibliothekar Dr. Ernst Schulze hat ausgerechnet, daß in Deutschland alljährlich fünfzig Millionen Mark für die schänderhaften Produkte der Schundromandevoter ausgegeben werden. Und er meint, daß er die Summe eher zu niedrig, als zu hoch taxiert habe. Ein einziger jener Geschäftsleute, der außer solchen Schundromanen auch „ägyptische“ Traktate, Geistes- und Geisteserzeugnisse vertriebt, gibt seinen Jahresumsatz auf 25 Millionen Kolportagebrot an!

Die geistige Brunnentrocknung engros blüht und gedeiht also in prächtigem Flor unter den Augen der Behörden und all jener, die sich sonst so gern als Vorwärtler des Volkes betätigen. Mancher von ihnen mag in dieser systematischen Gehirnverfälschung vielleicht sogar etwas sehen, das dem „Staatswohl“ förderlich ist. Aber wer auch ernstlich dagegen anwolte, ist gebunden; denn es gibt keine gesetzlichen Bestimmungen, die den Seelenmord bestrafen. „Glücklicherweise“ muß man, wie die Dinge heute liegen, sagen. Denn in andern Fällen könnten wir die Anwendung der betreffenden Bestimmungen erleben, daß uns die Haare zu Berge stehen würden.

Wir rufen nicht nach Staatsanwalt und Polizei. Wir predigen den Schundverlegern auch keine Ethik. Der Kapitalismus kümmert sich um und nirgends um das Heil der Seele. Für ihn ist der Profit maßgebend. Und nur der Profit. Wir appellieren an den geübten Menschenverstand der Arbeiter. Wir sagen ihnen: achtet auf das schlechteste Gift, das man euren Kindern in die Seelen zu träufeln vermag. Betrachtet die Unterhaltungslektüre nicht als etwas Nebenartiges, bei dem es „nicht so genau darauf ankommt“. Es kommt sehr genau, es kommt viel darauf an, was man liest, ob es nun zur Belehrung, ob es zur Unterhaltung geschieht. Die Schundliteratur verunkrautet den Boden, auf dem eine klare, gesunde und feste Weltanschauung erwachsen soll. Sie nährt die schlechtesten Instinkte auf Kosten der besten. Sie verdirbt das Gemüt und drängt die Charakteranlagen häufig in eine ganz falsche Richtung. In jedem Falle wirkt sie nachteilig auf den guten Gesinnung. Wer die Phantasie stets mit schlechten Bildern belebt, wird unfähig, das Gute zu genießen; denn alles, was schlecht ist, summt die Sinne ab. Von da bis zur Verdrümmung und Verblödung ist nur ein Schritt. Und wir brauchen nicht zu sagen, was diese Intelligenz und mangelnde Urteilskraft zugute kommt.

Man hat der deutschen Arbeiterbewegung zuweisen ihren „Materialismus“ vorgeworfen. Aber noch nie hat sie diesen Materialismus so verstanden, daß darüber die rein geistigen Interessen vernachlässigt werden dürften. Die Sozialdemokratie wäre keine Kulturpartei, dürfte sie gering von der Pflege des geistigen Lebens, von der Gesundheit des Gemüts und seiner Nahrung.

In Wahrheit gibt es keine Partei, die so wie die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften von sich sagen kann: wir arbeiten jeder Verblödung entgegen. Als auch der Konsumtion schlechter Unterhaltungslektüre. Die wenigen bürgerlichen Idealisten, die mit anerkennenswerten Eifer in derselben Richtung tätig sind, klagen vielfach darüber, daß sie an das „eigentliche Volk“ so schwer herankommen; es fehlen ihnen die vermittelnden Organe, besonders die Kolporture. Die Sozialdemokratie braucht, soweit ihre eigenen

Angehörigen in Frage kommen, in dieser Hinsicht keine Vermittlung. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Presse der Partei und der freien Gewerkschaften selbst diese Aufgabe befragt; daß sie auch hier nachholt, was Schule und Staat am Volke verkannt haben und verkommen. Ja, die vielgeschmähte „negative“ Politik der Arbeiterpartei weiß sich wie in so vielen Dingen, auch in dieser Hinsicht als höchst positiv und erfolgreich aus. Wir erinnern nur an die Tätigkeit des Bildungsvereins, an die Weihnachtsgesammlungen guter Bücher, die von Jahr zu Jahr an Zahl und Ausdehnung zunehmen und allmählich Wegweiser für Tausende geworden sind.

Als spezielle Waffe gegen die Schundliteratur, die in gelben, grünen und roten Heften von Haus zu Haus vertrieben wird, hat sich die Partei ein Organ geschaffen, das den Feinden auf ihrem eigenen Felde entgegentritt und mit steigendem Erfolge dabei ist, die Unholde zu verdrängen und die Wohnungen der Arbeiter und Arbeiterinnen von dem giftigen Unrat zu reinigen, der aus den trüben Quellen der Schundromandevoter fließt und andauernd die Stadt und Land überflutet. Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheint seit nunmehr zwölf Jahren die Romanbibliothek für das arbeitende Volk: „Freie Stunden“, von der Partei zu dem ausgesprochenen Zwecke begründet, der Schundliteratur das Wasser abzugraben. Sie tut es, indem sie den Arbeitern und Arbeiterinnen für weniger Geld mehr und besseres bietet, als irgend ein Schundromandevoter. Sie vermittelt ihren Lesern gute und gesunde Lektüre aus den Literaturen aller Länder. Der leitende Roman wird stets von Künstlerhand illustriert. „Freie Stunden“ pflegt sowohl das ernste wie humoristische Genre und ist bemüht, den Lesern stets Abwechslung zu bieten. Das wesentlichste Merkmal, 24 Seiten starke Heft enthält neben den laufenden größeren Erzählungen kleinere Novellen und Novizen aus allen Wissensgebieten sowie Anekdoten und Scherze. Der dem beginnenden 18. Jahrgang von „Freie Stunden“ bringt zunächst „Reinhold“, einen der besten und mannigfaltigen Romane Walter Scotts, der die heimliche Ehe des Grafen Leicester behandelt. Im zweiten Heft steht die ergreifende Erzählung einer russischen Frau: „Die Kummertage“ von S. A. Samoilowa, eine zu Herzen gehende Schilderung aus der russischen Revolution.

Niemand also ist gezwungen, zu den böden Produkten der Schundromandevoter zu greifen. Zu ureigenem Interesse jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin liegt es, ihr Unterhaltungsbedürfnis dort zu befriedigen, wo ihnen das Beste für ein geringes Entgelt geboten wird. Und so ist denn jeder Einzelne auch auf diesem Felde ein Kämpfer und ein Förderer des Kulturfortschritts — zum eigenen Vorteil und zum Segen der deutschen Arbeiterbewegung!

konnten, wurde vermutet, daß das Zelluloid beim Brande giftige Gase entwickle; diese Vermutung bestätigte sich. Versuche, die Professor Dr. Kodel anstellte, ergaben, daß die bei Verbrennung von Zelluloid entstehenden Gase Blausäure enthalten, und zwar 5 Gramm Zelluloidwolle beim Verbrennen eine solche Menge Blausäure entwickle, nämlich 5 Zentigramm, die zur Tötung eines Menschen genügt. Außerdem enthalten diese Gase noch Kohlenoxydgas, das ebenfalls giftig ist; aber an den Todeserscheinungen und dem Sektionsbefunde der Verstorbenen und der Versuchstiere konnte konstatiert werden, daß der Tod durch die schneller wirkende Blausäure herbeigeführt war.

### Aus der chemischen Industrie.

#### Die Bleiweißgefahr.

Unter dem „liberalen“ Bismarckregiment geht es im Deutschen Reich auch mit der Bleiweißfrage nicht vorwärts. Zwar wurden 1905 hygienische Vorschriften für Mälzereien neu erlassen und 1903 die Bundesratsverordnungen für Bleihütten wie Bleiweißfabriken erneuert. Aber die meisten dieser Vorschriften bleiben an der Oberfläche des giftigen Nebels, und zu einem Verbot der Herstellung und Verwendung des giftigen Bleiweißes, wie in Frankreich, kann man sich bei uns nicht aufraffen; nicht einmal zur weiteren gesetzlichen Milderung der Arbeitszeit in Bleiweißfabriken ist man seit 1903 geschritten, von anderen hygienischen Vorschriften gar nicht zu reden. Unter diesen Umständen waren wir gespannt darauf, welche Stellung die neueste deutsche wissenschaftliche Arbeit über die Bleiweißgefahr zu den Forderungen der Arbeiter einnehmen würde. Sie ist unter dem Titel: „Die gewerbliche Bleivergiftung und ihre Bekämpfung im Deutschen Reich“ von Dr. Karl Wächter vor einiger Zeit erschienen (bei G. Braun, Karlsruhe, 1908, 107 Seiten) und bildet ein Heft der volkswirtschaftlichen Abhandlungen badischer Hochschulen. Wir betrachten aus ihr die Kapitel, welche in das chemische Fach schlagen und die Bleiweißfabrikation betreffen.

Bei den technischen Darlegungen brauchen wir uns nicht lange aufzuhalten. Es gibt vier Arten von Bleiweiß aus Blei, die deutsche, holländische, französische und englische. Bei der deutschen oder Bremer Methode wird das Blei in etwa meterlange Streifen gegossen, in der sog. Oxydierkammer frei aufgehängt und dann der Wirkung von Dampf- und Kohlenäuredämpfen ausgesetzt. Nach 8-10 Wochen ist fast alles Blei entweder als Bleiweiß zu Boden gefallen oder bedeckt in dicken Schichten die metallischen Reste und die Aufhängvorrichtungen. Die Oxydierkammer wird vor dem Betreten durchlüftet und mit Wasserdampf durchsprüht. Das noch hängende Bleiweiß wird mit Wasser herabgeschüttelt. Der Sieb-, Wäsche- und Schlämmprozess beschließt sich auf nassem Wege. Gestreckt wird das feuchte Bleiweiß dann wieder in getrockneten Kammern. Man findet aber Bleiweiß- und Wernigelaub sehr schwer niederzuschlagen, Wasser ist dazu das allereignisvollste, da es mit Bleiweiß nur sehr schwer eine Verbindung eingeht. Wasserdampf dürfte nicht viel besser sein. Beim Ausräumen der Kammern entsteht also trotz allem Abspülen und Wäschen immer noch Bleiweißstaub, den die Arbeiter einatmen. Man sollte auch nicht vergessen, meint Wächter, daß feuchtes Bleiweiß, auf Kleider gebracht, trocknet und dann bei jeder Bewegung wegfällt. Der Transport zum Schlämmprozess, das Trocknen und besonders das Verpacken der Ware, sofern dies letztere nicht ganz automatisch geschieht, sind gleichfalls Arbeiten, die den Beteiligten großer Gefahr aussetzen. In der Bleiweißindustrie herrschen nach Wächter lehrbuchartige Firmen, denen er sehr viel Gutes in bezug auf fremdenmäßige Einführung von Arbeiterschutz in ihren Betrieben nachsagt. Doch sei sich gegen ein Bleiweißverbot mit allen Kräften wehren, „wird man“, so meint Wächter, „menschlich aus dem stark betroffenen materiellen Interesse leicht erklären können“. Natürlich, wie fragt es sich, ob das „materielle Interesse“ der Arbeiter an Erhaltung ihres einzigen Vermögens, ihrer Gesundheit und ihrer Arbeitskraft für die Allgemeinheit nicht viel wichtiger ist, als das materielle Interesse der Unternehmer an einer bestimmten gefährlichen Produktion. Das Kapital der Herren kann sich doch auch Gewinn in einer anderen weniger giftigen Branche suchen. Wächter unterschätzt leider diesen Umstand der bedauerlichen „Interessen“ gar nicht. Er ist nur blass, daß einige Bleiweißfabriken neben Bleifarben bei „ungefährlicher Arbeit“, z. B. Kupferoxyd, zu produzieren angefangen haben.

Das lächerlich ist Wächter dann in der Beschreibung der Schutzmaßnahmen der Bleiweißfabriken. An einer Stelle seines Buches (S. 65 und 67) gibt er die hygienischen Vorschriften, an anderer Stelle (S. 71 ff.) die technischen Bestimmungen und etwas eigene Bemerkungen, wobei sich zum Schluß zurückkommen. Aber er vertritt sich wieder in den Vorworten der Vorschriften, deren Text er nicht einmal kennen noch hat er, wie er aus dem Titel „Einführung von Arbeiterschutz“ zu ersehen ist, die deutsche Schutzmaßnahmen, sondern die eigenen. Er vertritt sich in dem Vorwort der Vorschriften, deren Text er nicht einmal kennen noch hat er, wie er aus dem Titel „Einführung von Arbeiterschutz“ zu ersehen ist, die deutschen Schutzmaßnahmen, sondern die eigenen. Er vertritt sich in dem Vorwort der Vorschriften, deren Text er nicht einmal kennen noch hat er, wie er aus dem Titel „Einführung von Arbeiterschutz“ zu ersehen ist, die deutschen Schutzmaßnahmen, sondern die eigenen.

fabrikation vernichten? Dann hätte sie doch der Potsdamer Gewerbeinspektor nicht empfohlen und der Amtsvorsteher von Oberhessweide nicht angeordnet! Und wie kann Wächter die hygienischen Vorschriften der Schutzverordnung von 1903, die Durchsprüfung und Abspülung der Oxydierkammern, so loben, während er doch auf Seite 16 seines Buches das Ungenügende der Wasserbehandlung selbst hervorgehoben und mindestens noch verlangt hat: „Die Verwendung von Respiratoren und Schwämmen wäre bei dieser Arbeit gleichgültig vorzuziehen.“ Die Verordnung schreibt aber doch in § 14 Respiratoren und Schwämme nur für die mit Staubentwicklung verbundenen Arbeiten, bei denen sie selbstverständlich sein sollten, nicht aber für die Beschäftigung in den Oxydierkammern und beim feuchten Verpacken vor!

Wenn Wächter trotzdem zu Schlüssen kommt, die ganz in der Richtung der Arbeiterforderungen liegen, so ist das bei seiner milden Beurteilung der Dinge begreiflich genug. Nach Prüfung der neuesten Krankheitsstatistiken und Inspektionsberichte erklärt er nämlich, „von einer Besserung der Verhältnisse kann... also durchaus nicht gesprochen werden. Denn man tropfen noch daran, den Weg der Reformen weiter zu beschreiten und von einem Bleiweißproduktionsverbot abzusehen, so bleibt nur noch eine Möglichkeit, die eine leise Hoffnung bestehen läßt. Es wäre dies die bisher noch nicht vertretene, genaue Reglementierung der Technik in der Bleiweißproduktion. Ich meine darunter Vorschriften, daß gewisse Prozesse obligatorisch durch automatisch funktionierende Maschinen und nicht mehr von der Hand vorgegenommen werden dürfen, z. B. Transport der feuchten und trockenen Waren, Verpacken usw. Das würde vielleicht die kleineren Betriebe ohne Staatshilfe vernichten, aber eine weitere Sanierung erscheint mir nur auf dem Wege möglich.“

Ist es nicht sehr erfreulich für die Arbeiterbewegung, daß auch bürgerliche Forscher jedesmal, wenn sie eine Arbeiterfrage gründlich anzufassen auch nur versuchen, zu unsern „radikalen“ Forderungen kommen? Entweder gänzliches Verbot der giftigen Bleiweißfabrikation oder vollständige staatlich-reglementierte derselben, damit die Gesundheit des Arbeiters, die das Privatkapital gefährdet, soweit als möglich geschützt wird. Mit dieser Beurteilung der privatkapitalistischen Produktionsweise können wir zufrieden sein. Sie zeigt wieder einmal, daß Hygiene und Kapitalprofit ewige Gegensätze bleiben werden und daß allein die antikapitalistische Arbeiterbewegung berufen ist, Wandel zu schaffen. Auch die Bleiweißfrage wird zum Schluß lediglich eine Frage der schwachen oder starken Arbeiterorganisation.

#### Kapitalkonzentration in der österreichischen Soda-industrie.

Der Oester. Verein für chemische und metallurgische Produktion, Zugig, an dem auch deutsches Kapital beteiligt ist, tritt mit der Ersten böhmischen Ammoniakfabrik, Akt.-Ges. in Wien-Dulabac, in eine gewisse Interessengemeinschaft. Die Ammoniakfabrik der Ersten galizischen Ammoniakfabrik, Akt.-Ges. in Podgorze, deren sämtliche 1,5 Millionen Kronen Aktien bisher im Besitz der böhmischen Ammoniakfabrik waren, wird erweitert und nach dem System Solway ausgestattet, wobei der künftige Verein der galizischen Fabrik die Benutzung des Solwayischen Patents freizigelt und dafür einen Teil der galizischen Aktien erhält und drei seiner Kapitalisten in die Verwaltung der galizischen Ammoniakfabrik einberufen. Schon bisher waren beide Unternehmen in dem Wiener Zentralvertriebsbureau der Vereinigung der Sodafabriken vertreten. Vor etwa zwei Jahren gründete die böhmische Aktiengesellschaft die galizische Ammoniakfabrik in Podgorze, wohl zur Unterstützung einer höheren Kontingentforderung. Dieser Schritt beantwortete die künftige Gesellschaft mit dem Ankauf der Sodafabrik in Gafkova von Guzmann u. Springer. Dieser Wettlauf um die Kontingentierung ist nunmehr durch die Beteiligung des künftigen Vereins an der Gesellschaft in Podgorze beigelegt worden. Der künftige Verein wird den Betrieb in Gafkova vorläufig einrichten. Er wird Arbeiter auf Pflaster werfen, um seinen Kapitalprofit zu sichern. Und so lange die Sodawerker nicht besser organisiert sind, werden sie die Opfer dieser kapitalistischen Manöver bleiben.

#### Preiskampf zwischen deutscher und amerikanischer Kobaltindustrie.

Die deutschen Kobaltfabriken befinden sich zum Teil nach einer Schilderung des „Berl. Börsen-Couriers“ in einer überaus schlimmen Lage. Der Preis für Kobalt-Präparate sei innerhalb sechs Wochen um 50 Prozent gefallen. Wenn auch die unbestreitbare Lage der Erzeinsätze- und Porzellan-Industrie eine gewisse Wirkung auf die Kobaltbranche ausübt, so sei der Preissturz doch wesentlich auf amerikanische Unterbietungen zurückzuführen. Bekanntlich habe man seit etwa vier Jahren in Kanada gewaltige Kobaltminen aufgeschlossen und man sei schließlich auch dort dazu übergegangen, Kobalt-Lynde zu fabricieren. Diese mühe man jetzt annehmend zu jedem Preise auf den Markt zu werfen. Die Preisfestsetzung für den europäischen Kobalt-Export werde durch die neuen Kobaltkonventionen geregelt. Mangels einer einheitlichen Verkaufsorganisation aber sei diese Konvention nur ein recht lockeres Gebilde und sie verliere für die einzelnen Fabriken jede Bedeutung, wenn diese, wie jetzt infolge der amerikanischen Konkurrenz auf sich selbst angewiesen, gezwungen werden, nicht nur dieser zu begegnen, sondern auch mit den eigenen Konventionen in Wettbewerb zu treten. Dazu kommt ein gänzlich unbrauchbares und unrentables Händlerarbeit-System. In dem Kobalt-Abzug seien die gal. jährlichen Blausäurewerte in Österreich mit 30 Prozent beteiligt; allein für dieses Unternehmen bediene der jetztgehobene Preisrückgang einen Jahresausfall von etwa 400.000 Mk. Die Folge dieser Zustände, wenn sie richtig geklärt sind, wird wahrscheinlich eine Verbesserung der kapitalistischen Organisation sein. Die Grochen haben und dräben werden sich über einen angemessenen, d. h. genügend Profit abwerfenden Preis einigen, sobald die Aktien durch den jetzigen Preisrückgang ruiniert sind.

#### Vereinigung chemischer und metallischer Fabriken.

Die Chemische Fabrik in Hünningen, vorm. Walter Feld u. Co., Akt.-Ges. in Hünningen am Rhein, bestätigt, daß sie das Nickelwerk G. u. F. G. in Hünningen am Rhein ganz zu erwerben sucht, nachdem sie bereits 40 Proz. der Aktien dieser Gesellschaft besitzt. Das Nickelwerk wurde im März 1904 gegründet. Nach längeren Schwierigkeiten erfolgte in der zweiten Hälfte 1906 die Eröffnung des Betriebes. Das erste volle Betriebsjahr 1907 ergab, nach Tilgung des aus den Baujahren herrührenden Verlustes, eine Dividende von 10 Proz. Das laufende Geschäftsjahr bringt die gleiche Dividende. Durch die Aufnahme der Erzeugung der Nickel- und Nickellegierungen ist der Betrieb des Werkes technisch und kaufmännisch sehr einfach geworden. Die vollständige Übernahme durch die Chemische Fabrik würde nachher erhebliche Ersparnisse mit sich bringen. Auch habe die Chemische Fabrik Hünningen keine Verwendung für freigeordnete Räume und Grundstücke des Nickelwerkes, die zum Teil an die Gebiet angrenzten, zum Teil schon mitten in denselben liegen. Vom geplanten Übertritt erwarten sowohl die Nickelwerke, wie die Chemische Fabrik Vorteile. Den Gesellschaftern des Nickelwerkes soll von der Chemischen Fabrik für 1000 Mk. ihrer Stammanlei ein gleicher Betrag von Aktien der Chemischen Fabrik Hünningen gegeben werden mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1908 ab. Die am Nickelwerk beteiligten erhalten ferner auf ihre alten Stammanlei noch Dividende bis zum Ende des Jahres 1908. So werden die kapitalistischen Interessen bei der Veräußerung aufs beste geordnet. Von den Aktien über 100 Mk. keine Rede. Sie werden unterhandelt, wie die Pferde und Hunde, die etwa im Versteig nötig sind. Und das wird so lange bleiben, als sie selbst nicht nach Menschenwürde durch die Organisation freiden.

#### Von den chemischen Arbeitern in Frankreich

bringen die Jahresberichte der französischen Fabrikinspektoren für 1907 einige wenige Angaben, die aber leider nicht tief gehen. Danach gab es 1907 in Frankreich 3078 chemische Fabriken mit 117.846 chemischen Arbeitern, ohne daß man von einer bemerkenswerten sozialen Lebensführung dieser Masse etwas

erfähre. (Eine italienische Statistik von 1905 verzeichnet 33.771 chemische Arbeiter von denen 4.709 = 14 Prozent organisiert seien und 1850 Mann in 10 Fabriken während jenes Berichtsjahres gestreikt hätten.) Mehr als diese flüchtigen Daten läßt sich leider von unseren romanischen Brüdern nicht in Erfahrung bringen.

### Aus der Papierindustrie.

#### Ein Weihnachtsgeschenk der Zellstoff-Fabrik Waldhof an ihre Aktionäre.

Die Aktionäre der Zellstoff-Fabrik Waldhof-Mannheim haben dem Vorschlag des Vorstandes, das Aktienkapital von 19 auf 35 Millionen Mark zu erhöhen, zugestimmt, nachdem Geheimrat Hork auf die Anfrage eines vorläufigen Aktionärs erklärt hatte, daß vorausichtlich auch auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende von 25 Prozent zur Ausschüttung gelangen würde. Die jungen Aktien von je 1000 Mark sind vom 1. Januar 1909 an dividendenberechtigigt und den alten Aktien gleichgestellt. Die neu auszugehenden Aktien werden zu 200 Prozent unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre an eine Bankengruppe fest begeben, welche verpflichtet ist, den Inhabern der alten Aktien 5.700.000 Mk. der neuen Aktien zum gleichen Preise anzubieten, und zwar dergestalt, daß auf 10 Stück alte 3 junge Aktien zu 200 Prozent abgenommen werden. Der Rest von 300.000 Mk. Aktien steht zur freien Verfügung der Gruppe und des Vorstandes der Zellstoff-Fabrik. Es wäre sehr interessant zu erfahren, wer die restierenden 300.000 Mk. Aktien erhält; der Kurs von 200 bei einer Dividende von 25 Prozent ist nämlich bereits günstig, daß der Erwerb dieser Aktien ein glänzendes Geschäft macht. Er braucht sie nur an der Börse sofort wieder zu veräußern und wird mindestens 400.000 Mk. daran verdienen, denn der Kurs der Waldhof-Aktien steht zurzeit auf 328, d. h. für 100.000 Mk. Aktien werden 328.000 Mk. bezahlt. Daß die Direktion ihren Aktionären solche Geschenke macht, ist ja erklärlich; es wird dadurch indirekt die Dividende erhöht, ohne die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter noch mehr zu zeigen, wer aber außerdem noch bereit reichlich am Profit teilzunehmen soll, möchten wir, wie gesagt, gern wissen. Kupferstecher à la Tuppelstraße hat die Gesellschaft doch ganz gewiß nicht... Und dann: Will die Gesellschaft nicht auch einmal den Arbeitern eine solche Weihnachtsgeschenke machen, wie hier wieder den Aktionären? Vielleicht durch eine Lohnerhöhung oder durch Vergrößerung der Arbeitszeit? Die Arbeiter könnten es sehr gut gebrauchen.

#### Gegen den Arbeiterschutz

macht Herr Ditzes im „Wochenblatt“ mobil anlässlich der Annahme der Novelle zur Gewerbeordnung im Reichstage. Er meint, über das Werk müsse „jeder Praktiker den Kopf schütteln“, selbst „den damit beglückten Arbeitern“ ergehen es als unannehmbar. (Du ahnungsvoller Engel, du!), die deutsche Industrie werde dadurch mit einem Schlag weit hinter ihre ausländische Konkurrenz zurückgebracht und was dergleichen Weisheit mehr ist. Er nennt die Novelle dann noch ein „Anebelgesetz“ und sagt vom Reichstage, dieser habe bewiesen, „daß es der Mehrzahl seiner Mitglieder mehr auf eine leicht erwerbene Volksgunst ankommt, als auf die Interessen des Standes, der heute in erster Reihe die Lasten trägt, die zur Aufrechterhaltung unserer Wehrkraft, zur Förderung unserer Kulturinteressen und zur Durchsicherung unserer Sozialpolitik aufgebracht werden müssen.“ Da Herr Ditzes, und mit ihm der Verein der Papierfabrikanten, grundsätzlich gegen jeden Arbeiterschutz protestiert, lohnt es nicht, seine naiven Bemerkungen richtig zu stellen. Es sei nur bemerkt, daß der Verein der Papierfabrikanten in den letzten Jahren protestiert hat 1. gegen die Heraushebung des Schulalters für Jugendliche, 2. gegen die Errichtung von Kaufmannsgerichten, 3. gegen die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine, sowie 4. gegen den Zeitpunkt für Arbeiterinnen, noch bevor er zur Beratung stand. Wer so blind drauf los protestiert, hat das Recht verwickelt, sozialpolitisch ernst genommen zu werden.

#### Ein Dividendenkrieg.

Die Oberfelder Papierfabrik, die in den früheren Jahren immer erhebliche Dividenden — 18 bis 20 Prozent — an ihre Aktionäre ausschüttete, arbeitet seit zwei Jahren mit Verlust. Im Vorjahre war nach Abschreibungen von 361.353 Mk. ein Verlust von 166.855 Mk. zu verzeichnen; für das am 1. Juli 1908 abgeschlossene Jahr ist der Verlust auf 506.619 Mk. angewachsen. Die Schuld an diesem für die dividendengehörigen Herren nicht angenehmen Rückgang des Unternehmens schiebt die Direktion auf den im Vorjahr entlassenen Direktor Döbbele, der eventuell noch regreßpflichtig gemacht werden soll; wenigstens wurde seine Entlassung in der letzten Generalversammlung verweigert. Aus den Verhandlungen dieser Generalversammlung, die am 19. Dezember stattfand, ist bemerkenswert, daß die Aktionäre über den Stand des Unternehmens genaues nicht erfahren. Die Direktion verstand es meisterlich, sich um unbenhme Fragen herumzumindehen. So weigerte sich der Vorstande einfach, die Höhe der Bankschulden anzugeben. In die Geschäftsjührung wurde der Debatte erfährt man nämlich, daß 297.000 Mk. für eine Maschine in Zehlendorf direkt weggeworfen sind, da sich herausgestellt hat, daß weder die mit der Maschine vorgelegene Fabrikation noch die Maschine selbst etwas wert ist. Die 297.000 Mk. mußten infolgedessen völlig abgeschrieben werden. Im Geschäftsbericht werden aber nicht solche Geldverwüstungen, sondern — hohe Löhne als Ursache des Rückgangs angeführt. Auch über die Rentabilität der Papierfabriken erfährt man einiges. Ein Aktionär, der ein Konkurrenz-Unternehmen hat, stellte eine Rentabilitätsberechnung auf, derzufolge ein Unternehmen nur dann existieren könne, wenn es einmal pro Jahr sein Anlagekapital umschlagen könne. Zehlendorf sei nun mit 6.636.000 Mk. bewertet; er halte es aber kaum für möglich, daß dieser Umschlag erreicht werden würde. Die Verwaltung meinte dazu, diese Berechnung treffe wohl auf Notationspapier zu, nicht aber auf seine Sorten, bei denen man das Vierfache verdiene. Wir werden nicht verstehen, was dieses Gehändnis für kommende Fälle zu merken.

Nebst dem hat inzwischen der ehemalige Direktor Döbbele gegen die Vorwürfe der jetzigen Direktion öffentlich protestiert. Er weist in der „Frankf. Zeitung“ darauf hin, daß das Unternehmen unter seiner Leitung den Aktionären in den 7 Jahren 88 Prozent ihres Kapitals als Dividende zurückgezahlt habe, daß er also nicht schuld sei an dem Rückgang des Unternehmens. Vielmehr sei die Gründung der Filiale in Zehlendorf, die gegen seinen Willen erfolgt sei, an dem Zusammenbruch der Gesellschaft schuld. Dagegen erhebt nun wieder die Direktion Einspruch und erklärt, daß Zehlendorfer Wert sei durchaus rentabel, namentlich seien dort die Arbeits- und Lohnverhältnisse besser, wie in Elberfeld.

Uns interessiert an diesem Dividendenkrieg vor allem die Tatsache, daß die Aktionäre auch den Leiter rückwärts auf Pflaster werfen, wenn er nicht genug Profit aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden kann.

#### Eingegangene Schriften.

Heft 18 der Arb.-Ges.-Bibl.: **Ed. Bernstein, Der Geschichtstrieb.** Preis 20 Pf. In besserer Ausstattung 50 Pf. Im Verlage von J. S. B. Dieß Nachf. in Stuttgart erscheint und gelangt in wenigen Tagen zur Ausgabe: **Die Novelle zur Gewerbeordnung vom Dezember 1908.** Von Viktor Stadthagen. Preis 20 Pf. In der vorliegenden Besprechung findet der Leser die Bestimmungen der Berner Uebereinkunft, den Schutz gewerblicher Arbeiterinnen betreffend, ferner die Novelle zur Gewerbeordnung nebst Einführung und Anmerkungen, sowie den Text der Novelle in einer Gegenüberstellung der alten mit der neuen Fassung, wie sie vom Reichstage am 9. Dezember beschlossen worden ist. Diese Ausgabe ist für alle Interessenten unentbehrlich und für die Beförderung des „Arbeiterrechts“ wird sie eine willkommene Ergänzung bilden.